

BUCHBESPRECHUNGEN

Einsichten der modernen Ökonomik

Rezension von: Peter Rosner, Reden wir
über Ökonomie, Metropolis, Marburg
2019, 397 Seiten, broschiert, € 24,80;
ISBN 978-3-731-61384-8.

Peter Rosner hat ein Werk vorgelegt, das Denkweisen, Einsichten und Erlungenschaften der modernen Ökonomik auf allgemein verständliche Art zusammenfasst. Anspruchsvolle ökonomische Konzepte und Zusammenhänge werden auf intuitiv zugängliche Weise erklärt. Wo es darauf ankommt, fehlt es dennoch nicht an der wünschenswerten Sorgfalt und Präzision. Aufgrund dieser Meriten dürfte das Buch einen hohen Gebrauchswert haben. Es gibt einige potenzielle Zielgruppen, denen dieses gut geschriebene Buch besonders zu empfehlen wäre. Gemeint sind vor allem drei Gruppen:

1.) Nicht-Fachleute (seien es Wissenschaftlerinnen aus anderen Disziplinen, seien es Akteure aus der wirtschaftspolitischen Praxis oder seien es interessierte Staatsbürgerinnen), die durch Rosners Buch mit relativ wenig Aufwand einen authentischen Einblick in die Konzepte und Methoden der Ökonomie als wissenschaftlicher Disziplin gewinnen können.

2.) Jene Kritiker der Wirtschaftswissenschaft, die glauben, die an den Universitäten gelehrt Ökonomik sei samt und sonders eine wissenschaftlich bemäntelte Apologetik des Markts und der herrschenden Verhältnisse. Im Ge-

gensatz dazu zeigt Rosner, dass die Ökonomie durchaus auch dazu geeignet ist, aufgeklärte Reformpolitik zu fundieren – und dass die in der Ökonomik entwickelten Instrumente durchaus auch für Ziele wie Armutsbekämpfung verwendet werden können, wie das Werk der Ökonomie-Nobelpreisträgerinnen 2019 illustriert.

3.) Jene Verächter der herrschenden akademischen Ökonomik, die meinen, diese sei aufgrund ihrer abstrakten Modellierungen irrelevant im Hinblick auf die Lösung praktischer Probleme. Ihnen bietet das Buch ein differenziertes Bild dessen, auf welchen Ebenen die Ökonomie praktisch nützlich ist, und zwar in erster Linie als Rahmen für vernünftige Diskurse angesichts politisch kontroverser Ziele.

Der Buchtitel „Reden wir über Ökonomie“ führt in diesem Sinn zum unausgesprochenen Leitmotiv des Buchs „Lernen wir, über wirtschaftspolitische Probleme in der Sprache der Ökonomie zu reden“. Gemeint ist: Nutzen wir die Wirtschaftswissenschaften als präzisere diskursive Grundlage für wirtschaftspolitische Kontroversen. Rosner zeigt dabei, dass die Sprache der Ökonomie nicht aus einer Anhäufung schwer verständlicher Termini bestehen muss. Die Kenntnis einer überschaubaren Anzahl an Konzepten und Zusammenhängen würde genügen, um das Niveau und die Lösungsorientierung wirtschaftspolitischer Debatten zu heben, weil eine solche Kenntnis dazu beitrüge, (1) gewisse Zusammenhänge außer Streit zu stellen, (2) die Geltungsbedingungen für bestimmte Behauptungen präziser zu benennen

und (3) zirkuläre Kontroversen abzukürzen.

Unübersehbar ist hierbei ein Umstand, der mit Blick auf den Buchtitel fast als Paradoxon gelten könnte: Nicht allzu viele professionelle Ökonomen können wirklich gut über Ökonomie *reden*. Umso verdienstvoller ist Rosners Versuch, die Sprache als Medium der Ökonomie zu beleben. Sein Buch trägt nicht nur zur Ausbildung eines Fundaments im Verständnis dessen bei, worum es in der modernen Ökonomik geht. Er adressiert typische Missverständnisse und gibt einen vorzüglichen Einblick in typische Herangehensweisen heutiger Ökonomen – und zwar ganz ohne mathematische und terminologische Schwierigkeiten. Dies ist die wichtigste Leistung dieses Buchs – und es ist keine geringe Leistung.

Die Erörterung des Arbeitsmarkts illustriert dieses Vorgehen. Ausgehend von einem sehr einfachen Marktmodell wird in einem dreistufigen Verfahren „ein bisschen Realismus“, „mehr Realismus“ und „noch mehr Realismus“ eingeführt. Die Plausibilität des in der Wirtschaftswissenschaft immer wieder propagierten Verfahrens der reflektierten schrittweisen Annäherung an die Realität – ausgehend von modelltheoretischen Abstraktionen – wird damit trefflich illustriert.

Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere in Bereichen wie dem Arbeitsmarkt unter Ökonomen Unterschiede in den präanalytischen Visionen virulent sind, die auf diese Art nicht zu bewältigen sind. Für die einen ist der Arbeitsmarkt bei allen möglichen Komplikationen und Anomalien im Wesentlichen ein Markt wie jeder andere. Der Lohn ist ein Preis wie jeder andere – und das normale Vertragsrecht reicht im Grunde als

rechtlicher Rahmen auch für Arbeitsverträge aus. Für die anderen weisen empirische Komplikationen (einschließlich der von Rosner besprochenen Institutionalisierungen und Regulierungen, die sich gerade auch im marktwirtschaftlichen Kapitalismus um Arbeitsmärkte herum ausgebildet haben) auf einen grundsätzlich spezifischen Charakter von Arbeitsmärkten, der in mehrfacher Weise mit den Grenzen des Marktes, speziell mit den Grenzen der Handelbarkeit von Arbeit und mit damit zusammenhängenden marktendogenen Machtphänomenen zu tun hat.¹

Insgesamt werden in umsichtiger und kenntnisreicher Form die Stärken und Leistungen der Ökonomik als spezialisierte Wissenschaft und *Toolbox* beleuchtet, deren Entwicklung als Prozess der Ausdifferenzierung und Methodenorientierung zu charakterisieren ist. Auf diese Art ist ein Buch entstanden, an dem es kaum etwas zu kritisieren gibt – vielleicht mit Ausnahme des Fehlens eines Stichwortverzeichnis, das den Gebrauchswert für manche vermutlich noch erhöhen würde.

Man würde sich jedoch komplementär zu diesem Buch noch ein zweites Buch wünschen – und zwar eines, das auf der Basis des Vorliegenden in ähnlich umsichtiger und kenntnisreicher Form jene Probleme und Schwächen diskutiert, die ebenfalls eng mit der Entwicklung der Ökonomik als sozialwissenschaftliche Disziplin zusammenhängen. Eine Entwicklung, in der die innere Dynamik disziplinärer Wissenschaft mitunter in Wechselwirkung tritt mit wirtschaftspolitischen Herausforderungen und der wechselvollen Dynamik präanalytischer Visionen, welche Schumpeter mit dem Begriff Ideologie zusammenfasste.

Ein kritischer Zugang im eigentlichen Wortsinn muss von einem adäquaten Bild der Errungenschaften der Ökonomie ausgehen, wie es in Rosners Buch trefflich geboten wird. Es ist oft schmerzhaft zu sehen, dass ein mehr oder minder radikaler Gestus von Kritik an der *Mainstream*-Ökonomie oft mit oberflächlichen Problemdiagnosen einhergeht, die wirklich kritischen Punkte kaum berührt und Unterscheidungen vermissen lässt, die für eine gehaltvolle Kritik entscheidend wären – etwa zwischen blinden Flecken, die durch die (teils auch ideologiebehaftete) Ausrichtung bestimmter Forschungsprogramme bedingt sind, und Problemen, welche die Behandlung sozio-ökonomischer Fragen im Rahmen einer sich ausdifferenzierenden wissenschaftlichen Disziplin so oder so aufwirft und für deren Behandlung es kein Patentrezept gibt.

Wie ist es etwa zu erklären, dass bei allen Tugenden der modelltheoretischen Ökonomie, die große Sorgfalt auf die Explikation von Annahmen verwendet, „models“ zu „prisons“ werden können, wie Tony Atkinson (2014, S. 37ff) formuliert hat? Und weshalb sah sich Atkinson (1997) zum dramatischen Appell veranlasst, die Verteilung „zurück aus der Kälte“ zu holen und wieder in den Kern ökonomischer Forschungsagenda zu integrieren?

Haben vielleicht bestimmte Merkmale der theoretischen Architektur der *Mainstream*-Ökonomie dabei eine Rolle gespielt, dass sie marginalisiert bzw. ausgelagert werden konnte? Hierfür finden sich Hinweise, die von der raren Spezies der kritischen Intellektuellen unter den *Mainstream*-Ökonomen stammen: Insbesondere Abba Lerner (1972) Bemerkung in seiner *Presidential Address* vor der American Eco-

nomic Association, wonach die Ökonomie die Königin der Sozialwissenschaften sei – auf der Basis gelöster politischer Probleme. Dieses subtil-zweischneidige Kompliment ist treffsicher und relevant. Es bezieht sich auf die Tendenz, Ökonomie als die Wissenschaft zu verstehen, die vorzugsweise auf Allokationsprobleme und Anreizmechanismen spezialisiert ist. Ein Spezialisierungsprozess in diese Richtung ist seit Lionel Robbins' (1932) Definition von Ökonomie unverkennbar. Die Ökonomie ist tatsächlich in relativ hohem Maße zu einer Wissenschaft geworden, „*which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses*“.

Es wäre ein Fehler, dieses Robbins'sche Programm pauschal zu bekämpfen oder als pathologische Entwicklung zu kritisieren. Aber es birgt Probleme eigener Art. Besonders problematisch ist eben der spezifische theoriestrategische Modus der Abtrennung und Auslagerung von Verteilungsaspekten, die in der oben zitierten Lerner-Passage zum Ausdruck kommt.

Zwar ist in mancher Hinsicht in den letzten beiden Jahrzehnten die Marginalisierung von Verteilungsfragen in der Disziplin korrigiert worden, obwohl Tony Atkinson der verdiente Nobelpreis versagt blieb. Allerdings ist die Beschäftigung mit Verteilung vornehmlich in (überaus verdienstvollen) empirischen Forschungsprogrammen konzentriert bzw. in spezialisierten Diskursen angesiedelt – wie jenen zur Evaluation von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung etwa in Forschungsprogrammen à la Esther Duflo (auch sie wird von Rosner erwähnt). Auch haben dramatische politische Reaktionen auf

Probleme der Globalisierung oder auf die Einführung von Ökosteuern mittlerweile dazu geführt, dass es (erfreulicherweise) in verschiedenen einschlägigen Zusammenhängen zum guten Ton gehört, auf die Notwendigkeit der Adressierung von Verteilungsimplicationen zu verweisen. Mit wenigen Ausnahmen² werden indes Verteilungsfragen in Kernbereichen wie Institutionenökonomik und *Political Economics* nach wie vor nicht zureichend in ihrer Systemrelevanz begriffen. Salopp formuliert: Das von Lerner pointierte Syndrom wirkt in mannigfacher Weise nach.

Man könnte Lernalers zweischneidiges Lob der Ökonomie in spezifischer Weise für einen Gegenstandsbereich paraphrasieren, der angesichts der Herausforderungen durch Klimawandel und Digitalisierung zur Schicksalsfrage werden wird, nämlich den öffentlichen Sektor: Die Ökonomie ist die Königin der Wissenschaften des öffentlichen Sektors – auf der Basis eines perfekt handlungsfähigen Staats. Im Sinne dieses Kompliments zeigt Rosners Buch auch auf, weshalb die Ökonomik notwendig ist, um die Rolle des „Staats“ bzw. öffentlichen Sektors in einer Marktwirtschaft zu verstehen bzw. politikrelevante Hinweise dafür zu geben. Tatsächlich bietet die ökonomische Marktversagenstheorie einen unersetzlichen Kompass für effizienzsteigerndes Handeln des öffentlichen Sektors.

Aber welche Akteure sollen entsprechende Maßnahmen umsetzen? Etwa wohlwollende Planer? Seit den 1960er-Jahren hat sich aus der *Public-Choice*-Theorie eine „Staatsversagenstheorie“ entwickelt, welche den früher üblichen Verweis auf den wohlwollenden Planer, der effizienzstei-

gernde Maßnahmen umsetzen würde, zu Recht diskreditierte. Auch diese Entwicklung findet in Rosners Buch ihren Niederschlag.

Ein Problem besteht allerdings darin, dass die seither zum Standard gewordene kritische Perspektivierung der Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors stark durch jene Tendenzen in der *Public-Choice*-Theorie dominiert wird, deren polit-ökonomische Agenda von einem sehr spezifischen Verständnis von *limited government* geprägt ist. Letzteres ist nicht mit der Logik der Gewaltenteilung und anderen Mechanismen gleichzusetzen, welche die schädliche wechselseitige Durchdringung von Wirtschaft und Politik verhindern. *Limited government* verlangt im Verständnis der Virginia School of Public Choice, die mit ihrem Hauptvertreter James Buchanan auch einen Nobelpreisträger stellt, primär die konstitutionelle Zurückdrängung des vermeintlich exorbitant gewachsenen öffentlichen Sektors. Die im politisch-bürokratischen System entstehenden Verzerrungen sind ihrer Auffassung zufolge grundsätzlich unheilbar, sodass strikte und enge Grenzen eben das einzige Gegenmittel sind.

Die Leviathan-Theorie der Besteuerung³ illustriert dies: Sie impliziert letztlich konstitutionelle Begrenzungen des öffentlichen Finanzwesens, welche auch finanzwissenschaftlich bewährte Maximen wie den Vorzug für breite Steuerbemessungsgrundlagen (welche die Zusatzlast der Besteuerung minimieren) oder Instrumente des Finanzausgleichs ausschließen, weil sie dazu dienen könnten, den öffentlichen Sektor insgesamt zu fett zu machen.

Diese Implikationen machte sich zwar der ökonomische *Mainstream* nicht vollständig zu eigen. Jedoch ver-

breitete sich ein eher oberflächlicher Staatsversagensdiskurs, der das Weltbild vieler Ökonomen außerhalb der *Public-Choice*-Theorie zu prägen begann. Der späte Richard Musgrave (ein Pionier der modernen *Public Economics*) deutete die Verbreitung eines solchen Weltbilds, das von der grundsätzlichen Unheilbarkeit der Verzerrungen des politisch-bürokratischen Systems ausgeht, als so etwas wie eine *self-fulfilling prophecy*. „*To ask by how much the state should be restrained ... leaves the state as the defendant who must prove his innocence.*“ So fasste Musgrave (1999, S. 129) eine Art asymmetrische Verteilung der Beweislast im Hinblick auf staatliches Handeln zusammen, der die Orientierungsfunktion der Konzepte „Marktversagen“ und „Staatsversagen“ sowohl im theoretischen Diskurs als auch in der praktischen Politik beeinträchtigt.⁴

Allerdings gibt es in letzter Zeit wieder Anzeichen für Entwicklung von Theoriesträngen, welche die Frage der Handlungsfähigkeit des Staats in einer reichhaltigeren Weise diskutieren – und zwar unter Bezugnahme auf aktuelle Probleme privater Monopole in der digitalen Ökonomie. Sie zeigen zum einen, dass Privatisierung kein Patentrezept gegen *Rent-seeking* bildet: Auch ein *limited government* ist nicht immun gegen Einflussaktivitäten, wenn private Akteure über hinreichende Mittel, Mechanismen und Anreize dazu verfügen.⁵

Zum anderen liegt es nahe, dass die Minimierung des öffentlichen Sektors im Hinblick auf künftige Aufgaben wohl ein unzumutbares Korsett bilden würde. Denn die Herausforderungen der digitalen Ökonomie und der Klimaökonomie und -politik werfen die Frage nach den polit-ökonomischen Bedin-

gungen eines handlungsfähigen öffentlichen Sektors – ähnlich wie etwa im Gefolge der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert – in aller Dramatik auf. Die bisher hierzu entwickelten Ansätze in der Wirtschaftswissenschaft stellen bestenfalls interessante Fragmente dar, sind aber einstweilen nur bedingt geeignet, den wirtschaftspolitischen Diskurs zu derartigen Grundsatzfragen vernünftig zu strukturieren.

In gewissem Sinn bieten indes diese Herausforderungen für ein Fach mit derart eindrucksvollen Errungenschaften, wie sie in Rosners Buch ausgezeichnet zusammengefasst werden, eine viel interessantere Perspektive, als wenn wir in Riesenschritten dabei wären, uns unwiderstehlich dem *Bliss Point* der besten aller möglichen politischen, ökonomischen und theoretischen Welten zu nähern. Denn es zeichnet sich jedenfalls nicht ab, dass die Ökonomie in den Gefilden der *Freakonomics* (also der Anwendung ihrer Werkzeuge auf allerlei Fragen, die man normalerweise nicht zu ihrem Gegenstandsbereich zählen würde⁶) Zuflucht suchen muss, weil es – wie in der Theoriegeschichte der Ökonomie immer wieder und nicht erst als Motivation für *Freakonomics* fälschlich proklamiert wurde – im Kern dieses Gegenstandsbereichs nichts mehr Neues zu erforschen gibt.

Richard Sturn

Anmerkungen

¹ Vgl. Bowles (2004), insb. Kap 8.

² Vgl. dazu etwa Samuel Bowles (2004).

³ Brennan, Buchanan (1980).

⁴ Dabei gab und gibt es gerade innerhalb des Gebiets der *Public Choice* im Hinblick auf ihre polit-ökonomische Agenda differenzierte und für die Bedingungen

staatlicher Handlungsfähigkeit interessante Arbeiten. Dazu zählen jene von Mancur Olson. Diese prägten aber nicht die in der Disziplin einflussreichen prä-analytischen Visionen im Hinblick auf dieses Thema.

⁵ Vgl. Zingales (2017).

⁶ Vgl. Levitt, Dubner (2005).

Literatur

Atkinson, A., Bringing Income Distribution in From the Cold, in: *The Economic Journal* 107/441 (1997) 297-321.

Atkinson, A., Public economics in an age of austerity: The Graz Schumpeter Lectures (London 2014).

Bowles, S., *Microeconomics* (Princeton, NJ, 2004).

Buchanan, J.; Musgrave, R., *Public Finance and Public Choice* (Cambridge, MA, 1999).

Lerner, A., The Economics and Politics of Consumer Sovereignty, in: *The American Economic Review* 62/1-2 (1972) 258-266.

Levitt, S.; Dubner, S., *Freakonomics* (New York 2005).

Robbins, L., *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science* (London 1932).

Zingales, L., Towards a Political Theory of the Firm, in: *The Journal of Economic Perspectives* 31/3 (2017) 113-130.